

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr. 9.

Donnerstag, den 20. Januar

1898.

Erstausgabe

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.  
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

### Bekanntmachung,

betreffend den freiwilligen Eintritt zum zwei-, drei- oder vierjährigen aktiven Militärdienst.

1. Jeder junge Mann kann schon nach vollendetem 17. Lebensjahre freiwillig zum aktiven Dienst im stehenden Heere oder in der Marine eintreten, falls er die nöthige moralische und körperliche Befähigung hat.
2. Wer sich freiwillig zu zwei-, drei- oder vierjährigem aktiven Dienst bei einem Truppentheile melden will, hat vorerst bei dem Civilvorstehenden der Ersatzkommission seines Aufenthaltortes die Erlaubniß zur Meldung nachzusuchen.
3. Der Civilvorstehende der Ersatzkommission giebt seine Erlaubniß durch Ertheilung eines Meldescheines.  
Die Ertheilung des Meldescheines ist abhängig zu machen:  
a) von der Einwilligung des Vaters oder des Vormundes,  
b) von der obrigkeitlichen Bescheinigung, daß der zum freiwilligen Dienst sich Meldende durch Civilverhältnisse nicht gebunden ist und sich untadelhaft geführt hat.
4. Die mit Meldeschein versehenen jungen Leute haben sich ihrer Annahme wegen unter Vorlegung ihres Meldescheines an den Kommandeur des Truppentheiles zu wenden, bei welchem sie dienen wollen.  
Hat der Kommandeur kein Bedenken gegen die Annahme, so veranlaßt er ihre körperliche Untersuchung und entscheidet über ihre Annahme.
5. Die Annahme erfolgt durch Ertheilung eines Annahmescheines.
6. Die Einstellung von Freiwilligen findet nur in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März, in der Regel am Rekruten-Einstellungstermin (im Oktober) und nur insoweit statt, als Stellen verfügbar sind. Außerhalb der angegebenen Zeit dürfen nur Freiwillige, welche auf Beförderung zum Offizier dienen wollen, oder welche in ein Militär-Musikkorps einzutreten wünschen, eingestellt werden.

Hierbei ist darauf aufmerksam zu machen, daß die mit Meldeschein versehenen jungen Leute, ganz besonders aber die, welche zum drei- oder vierjährigen aktiven Dienst bei der Kavallerie eintreten wollen, vorzugsweise dann Aussicht auf Annahme haben, wenn sie sich, bei sonstiger Brauchbarkeit, bis 31. März melden, aber nicht zu sofortiger Einstellung, sondern zur Einstellung am nächsten Rekruten-Einstellungstermin.

7. Den mit Meldeschein versehenen jungen Leuten steht die Wahl des Truppentheiles, bei welchem sie dienen wollen, frei. Außerdem haben sie den Vortheil, ihrer Militärpflicht zeitiger genügen und sich im Falle des Verbleibens in der aktiven Armee und Erreichens der Unteroffiziers-Charge bei fortgesetzter guter Führung den Anspruch auf den Civilversorgungsschein bereits vor vollendetem 32. Lebensjahre erwerben zu können.
8. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche im stehenden Heere drei Jahre aktiv gedient haben, dienen in der Landwehr I. Aufgebots nur drei statt fünf Jahre. Dasselbe gilt auch für Mannschaften der Kavallerie, welche sich freiwillig zu einer vierjährigen aktiven Dienstzeit verpflichten und diese Verpflichtung erfüllt haben.
9. Diejenigen Mannschaften, welche bei der Kavallerie freiwillig vier Jahre aktiv gedient haben, werden zu Übungen während des Reserve-Verhältnisses in der Regel nicht herangezogen; ebenso wird die Landwehr-Kavallerie im Frieden zu Übungen nicht einberufen.
10. Militärpflichtigen, welche sich im Musterungstermine freiwillig zur Aushebung melden, erwächst dagegen hieraus ein besonderes Recht auf die Auswahl der Waffengattung oder des Truppentheiles nicht.

Dresden, den 15. Januar 1898.

Kriegs-Ministerium.

von der Planik.

Arnold.

### Kiaotshau.

Der jetzt eingetroffene „Staß. Bl.“ vom 10. Dezember v. J. bringt eine Reihe von Berichten über die Kiaotshau-Affäre, die ja durch die Ereignisse überholt sind, aber doch manches Interessante zur Beleuchtung der Angelegenheit bringen. Selbstverständlich hatte sich die englische Presse in China des Falles sofort bemächtigt. Im Allgemeinen muß man aber gestehen, daß sie, von einigen gehässigen Ausfällen abgesehen, in ihrem Urtheil ziemlich sachlich ist.

Werkwürdigerweise richtet sich der Zorn der englischen Presse in erster Reihe nicht gegen Deutschland, sondern gegen Rußland, das China treulos im Stiche gelassen habe. „Wir erfahren“, sagt das leitende Blatt in Schanghai, „daß, als die Nachricht über die Besetzung Kiaotshaus durch Deutschland in Peking bekannt wurde, die Handlungsweise des russischen Geschäftsträgers ebenso charakteristisch wie dramatisch war. Er machte sich auf den Weg nach dem Auswärtigen Amte. „Hier haben wir eine schöne Sachlage“, sagte er zu den bestürzten Ministern: „Ihr habt uns die Kiaotshau-Bai und jetzt habt Ihr dieselbe Deutschland ergeben!“ „Gegeben? Nein, man hat sie uns gestohlen und wir eruchen Sie, uns zu ihrer Rückgabe zu verhelfen!“ „Was? Nach solch einer verrätherischen Handlungsweise wie diese, Ihnen zu helfen? Es war reiner Verrath und gegenüber; Sie haben nicht einmal einen einzigen Schuß gegen die Deutschen gefeuert. Hätten Sie das gethan, so könnte ich es glauben, daß Sie die Ducht nicht verkennt; falls die Deutschen Sie auf See angegriffen hätten, so würde ich es wohl verstehen, daß Sie sich ergeben, denn ich weiß, Sie haben keine Flotte; aber zugegeben, daß Sie sich auf dem Lande angreifen lassen und nicht einen Schuß zu Ihrer Verteidigung abfeuern, — das ist nicht Anderes, als Verrath; Rußland kann Ihnen keine Hilfe leisten.“ Rußland ist somit in der Lage, Deutschland einen Gefallen zu erweisen, zur selben Zeit zieht es sich aber selbstbefriedigt aus der Falle, denn es verspricht, China zu helfen, sollte dieses in Schwierigkeiten gerathen. Es ist klar, daß Rußland, im Besitze Koreas und voraussichtlich auch Port Arturs, die Kiaotshau-Ducht jetzt nicht weiter gebraucht.“

Gegen Deutschland ist man, wie gesagt, durchaus nicht übervollend. Der „Schanghai Mercury“ bespricht die Sachlage und meint, da weder Rußland noch England Lust zu haben scheinen, den Plänen Deutschlands entgegenzutreten, hindere nicht die Deutschen, sich in Kiaotshau dauernd festzusetzen. Im Gegentheil! „Sollte“, sagt das Blatt, „China sich außerdem weigern, die geforderte Entschädigung zu zahlen, so wird wohl die Folge davon sein, daß Deutschland noch mehr Gebiet annectirt. Falls letzteres auf die Minen- und Eisenbahnkonzessionen, die es als Bedingung aufgestellt hat, besteht, so werden dieselben weitreichende und wohlthuende Folgen haben. Wir unsererseits haben demnach gar nichts gegen die deutsche Besetzung Kiaotshaus einzumenden, denn wir hoffen, dieselbe wird zur Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen der großen Provinz Schantung führen. Man hat sie gewöhnlich für eine arme Provinz verschrien; gewiß, in einigen Theilen derselben herrscht viel Armuth, namentlich in dem Gebiet, das an den Gelben Fluß grenzt und das durch Ueberfluthung und Hungersnoth gelitten hat. Unter einer guten Regierung dürfte jedoch die Provinz sich als eine Quelle großen Reichthums erweisen. Ein bedeutender Theil, namentlich die Halbinsel ist gebirgig, doch giebt es auch viele gut bewässerte Thäler und Ebenen, und die Hügel werden stark angebaut. Außer mehreren Abarten von Gestein, das sich zum Bau vorzüglich eignet,

sind die hauptsächlichsten Mineralien Kohle, Eisen, Schwefel, Kupfer, Kalk und Gold. Die Kohle ist ausgezeichnet und in großen Mengen vorhanden und eine Gesellschaft sollte, namentlich wenn man die zur Zeit herrschenden hohen Preise für dieses Mineral in Betracht zieht, aus der Ausbeutung dieser Minen guten Gewinn erzielen. Dasselbe gilt vom Eisen. Der gegenwärtige Handel der Provinz besteht zum Theil aus Strohgeschäften, Bohnen und Bohnensamen, Kadeln und Schuhen; letztere werden in großen Mengen nach Japan verschifft. Die Bevölkerung, obgleich ihre Landsteuere der anderen Provinzen ihr den Spitznamen „Knage“, d. h. aufblasen, gegeben haben, ist, wie man allgemein zugiebt, aufrichtiger und ehrlicher als die meisten Chinesen dies sind. Man schätzt die Einwohnerzahl Schantung auf 30 Millionen Seelen; hiervon leben über 2 Millionen in der Präfektur Kiaotshau. — Es ist ganz natürlich, daß die Chinesen über die Handlungsweise Deutschlands aufgebracht sind. Sollte der Vorfall aber in ihnen endlich ein bestimmtes und radikales Reform-Programm erwecken, so dürfte es für sie noch nicht zu spät sein, um China vor dem gänzlichen Zusammenbruch zu bewahren, doch ist hierfür kaum irgend welche Hoffnung vorhanden.“

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Kommission des Reichstages zur Vorberatung des Gesetzes betr. die Entschädigung der im Wiederannahme-Verfahren freigesprochenen Personen nahm in ihrer Sitzung vom Montag den 8. d. des Gesetzes mit den Änderungen an, die in der letzten Sitzung beschlossen waren und deren wichtigste in der Gewährung eines Entschädigungsanspruches auch für diejenigen Fälle besteht, in denen das Verfahren nicht „die Unschuld, wohl aber die Verleitung der die Verurteilung begründenden Verdachtsmomente ergiebt.“ Für die zweite Beratung wurde ein Antrag dahin vorbehalten, hier zu sagen: wesentlichen Verdachtsmomente. Die §§ 2 und 3 gelangen unverändert zur Annahme.

— Die Errichtung der ostasiatischen Fahrt der Hamburg-Amerika-Linie hat vielfach zu der Vermuthung Veranlassung gegeben, daß es sich um eine den subventionirten Postdampferlinien in Konkurrenz tretende Passagierdampfer-Fahrt handele. Die Gesellschaft beabsichtigt nur, sich im Einvernehmen mit dem Norddeutschen Lloyd zu Bremen, bei der durch die neue Vorlage dem Reichstag in Vorschlag gebrachten Vermehrung der subventionirten Postdampferfahrten um eine Vetheiligung zu bewerben, damit auch von Hamburg aus eine direkte Passagier- und Postdampfer-Verbindung mit Ostasien geschaffen werde.

— Die Berliner Fleischerinnung hat an den Reichsanwalt und an den Reichstag eine Petition gerichtet, woraus die „Deutsch. Fleischer-Ztg.“ Folgendes entnimmt: „In konkurrenzlose Sicherheit gewiegt, fehlt der deutschen Landwirtschaft jeder Ansporn, um auf dem Gebiete der Thierzucht und Mast etwas Tüchtiges zu leisten. Millionen werden für Kunstfüttermittel in das Ausland geschickt, und mit Hilfe dieser künstlichen Futtermittel werden Thiere gezüchtet und gemästet, die geeignet sind, die deutsche Wurst- und Fleischwarenfabrikation vollständig zu untergraben. Wirklich gutes gemästetes Ochsenfleisch sieht derartig im Preise, daß es zu einem Genussmittel geworden ist, das sich nur noch wohlhabende Leute verschaffen können.“ Die Petition fordert deshalb die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr

von Schlachtvieh aus dem Auslande für alle öffentlichen Schlachthöfe, die mit direkten Bahnanhängern versehen sind.

— Oesterreich-Ungarn. Wien, 18. Januar. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Prag gemeldet wird, fanden dort gestern Abend auf dem Graben Zusammenrottungen statt, die sich gegen deutsche farbentragende Studenten richteten. Ein solcher mußte in ein Kaffeehaus flüchten und später von der Polizei in das deutsche Kasino geleitet werden. — Im Carolinum fand gestern Abend eine Versammlung der deutschen Studentenschaft Prags statt. In derselben wurde beschlossen, ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Frdn. v. Gautsch abzusenden, in welchem Schuß für die deutsche Studentenschaft gegen Anfeindungen und Mißhandlungen von Seiten der tschechischen Bevölkerung verlangt wird. Sollte dieser Schuß verjagt werden und die deutsche Studentenschaft in Prag vogelfrei bleiben, dann würde die deutsche Studentenschaft die älteste deutsche Universität verlassen und deren Verlegung in eine andere deutsche Stadt Böhmens verlangen.

— Prag, 18. Januar. In der heutigen Sitzung des Landtages ereignete sich ein aufregender Zwischenfall. Während der Rede des Abgeordneten Junke trat der Abgeordnete Wolf in den Saal und theilte mit, daß ein deutscher Student blutig geschlagen worden sei. Sämmtliche deutsche Abgeordnete sprangen von den Sitzen auf, begaben sich zu dem Präsidium und dem Statthalter und verlangten Genußthnung. Dem Statthalter wird zugerufen, er möge abdanken, er sei nicht fähig, die Verwaltung eines so wichtigen Landes zu führen. Der Oberlandmarschall unterbricht die Sitzung auf eine halbe Stunde. Sämmtliche deutsche Abgeordnete eilen nach dem Graben, wo die Mißhandlung erfolgte.

— In Frankreich ist die Dreyfus-Angelegenheit, wie dies bei dem eigenartigen Verhalten der französischen Regierung vorauszusehen war, aus einer Rechtsfrage zu einer politischen Frage geworden, die sehr weitreichende Folgen haben kann. Die Erregung wächst auf beiden Seiten. Während die Anhänger der Revision des Dreyfus-Prozesses Tag für Tag aus den Reihen aller Gebildeten neuen beträchtlichen Zuwachs erhält, suchen die Gegner durch Ausbeutung des Antisemitismus und des Chauvinismus die Menge aufzureizen und durch Rundgebungen zu Gunsten der Armee und gegen die Juden die Bewegung auf die Straße zu tragen. Am Montag kam es in Paris und in verschiedenen Provinzstädten zu ziemlich ernstern Demonstrationen, die in den Depeschen offiziellen französischen Ursprungs immer vorzugsweise den Studenten zugeschrieben werden, verschiedenen Privatmeldungen zufolge aber von dem niedrigsten Gesindel ausgehen sollen. In Paris selbst artete Montag Abend das in Tivoli-Bauhall von der „Libre Parole“ organisierte Meeting zu einer gewaltigen Schlägerei zwischen Antisemiten und Anarchisten aus. Die Ersteren mußten schließlich den Letzteren das Feld räumen und begaben sich dann auf die Straße, um an der Spitze des früheren Boulangeristen und Deutschenspreßers Milleroche hier ihre Manifestationen unter Zusammenstoßen mit der Polizei fortzusetzen.

Weiter wird aus Paris, 18. Januar gemeldet: Eine Versammlung wurde gestern Abend im Tivoli in Bauhall von den Leitern des „Libre Parole“ veranstaltet, der Saal wurde fast gestürmt. Die Antisemiten riefen „Tod den Juden“, dazwischen schrien Anarchisten: „Es lebe die Commune, es lebe die soziale Revolution.“ Bei Verlesung der Tagesordnung, welche gegen die Beleidigungen der Armee durch die Juden und ihre Verbündeten protestirt und die Bereitwilligkeit der Pariser Bevölkerung zu-